

Wir Eltern wollen selber bestimmen

Freiluft-Kindergarten sind gefährdet; baz 28. 1. 08

Erfolgreiche Waldkindergärten erhalten kaum staatliche Unterstützung und haben Geldsorgen. Die Kinder sind zwar putzmunter und selten krank, bei Eltern und Behörden finden sie Anklang und Biel-Benken kann sogar einen staatlichen Kindergarten sparen. Wer masst

sich aber an, zu bestimmen, wer wie viel von unseren Bildungssteuern erhält? Wer beschliesst mit der finanziellen Hürde, Kindern aus ärmeren Schichten der Bevölkerung den Zugang zu diesen begehrten Waldkindergärten zu verwehren? Warum werden Bedürfnisse von glücklichen Kindern und begeisterten Erziehungsberechtigten einfach ignoriert? Wessen Interessen stehen da im Vordergrund und müssen mit Hilfe des Staatsmonopols verteidigt werden? Den Kindern und den Eltern ist es völlig egal, ob ein Waldkindergarten in staatlicher oder privater Trägerschaft ist, Hauptsache ist, das Kind fühlt sich wohl und hat Freude am Erforschen der Welt. Wir Erziehungsberechtigten wollen selber bestimmen, welchen Kindergarten und auch welche Schule unsere Kinder besuchen, ohne daran finanziell gehindert zu werden.

PIA AMACHER,
ELTERNLOBBY.CH, REINACH

Nicht nur Lehrer

Zu «Bildung wird Zankapfel», baz vom 1. Februar

Die Mehrheit des Landrates will keinen Bildungsrat, der zu einem grossen Teil aus Lehrern besteht. Gut so, es darf nicht sein, dass in der Bildung die Standesorganisation Lehrpersonal zu sehr in eigener Sache Entscheidungen treffen kann und damit zu viel Macht erhält. Bildung hat sich vorrangig nach den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler und deren Eltern zu richten. Im Bildungsrat ist jedoch keine Schüler- oder Elternorganisation vertreten.

Auch beim neuen Bildungsbericht der Regierung von Basel-Land werden nur das Lehrpersonal und die Schulbehörden befragt. Mitbestimmung, Mitgestaltung und Mitverantwortung der Basis sind in unserem Bildungswesen Fremdwörter. Damit Bildung nicht weiterhin zum Zankapfel zwischen Lehrern und Politik verkommt, brauchen wir im Bildungsrat Vertreter von Schülern und Erziehungsberechtigten.

MONIKA PEYTON,
MÜNCHENSTEIN

Neue Perspektiven

Zu «Erfrischend», baz vom 2. Februar

«Ich kann mein Kind nur in die Schule meiner Wahl schicken, wenn ich bereit bin, Chauffeur zu sein.» Alle, die diesem Gedanken zustimmen, machen einen grossen Denk-Fehler: Wir können unsere Kinder nur in die Schule unserer Wahl schicken, wenn dies durch das Gesetz erlaubt ist. Und genau

dafür kämpft die elternlobby.ch mit ihrer Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle», dass wir Erziehungsberechtigten endlich das Recht erhalten, die Schule für unsere Kinder selbst auszuwählen. Damit wir hinter der Schule stehen; damit die Kinder nicht ins nächstgelegene Schulhaus «zwangseingewiesen» werden, sondern nach ihren Bedürfnissen geschult werden können.

Erst danach taucht die Frage auf, wie unser Kind an die entsprechende Schule kommt beziehungsweise, wo diese sich befindet. Verantwortungsbewusste Eltern werden bei der Schulwahl auch den Schulweg und seine ökologische Vertretbarkeit mit-

berücksichtigen. Haben die Eltern endlich das Recht, die Schule zu wählen und zwar ohne finanzielle Einbussen, werden auch neue Schulen entstehen, Zweigstellen von erprobten Alternativschulen und auch Schulen mit ganz neuen kreativen Ansätzen, womit sich die Schulwege wieder verkürzen. Und: Kleine Dorfschulen, die der Staat bereit ist, zugunsten grosser «Schulghettos» aufzugeben, können von der Gemeinde oder der Lehrerschaft oder den Eltern «gerettet» werden, also unter privater Trägerschaft weiter bestehen. Welch eine Perspektive.

CHARLOTTE WEIBEL,
ZUNZGEN